EUROPA LEBT HIER

Gemeinsam 2026
Baden-Württembergs
europäische Zukunft
gestalten!

Inhalt

Präambel 2

1. Schengen schützen! 3

2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit 3
   - a Infrastruktur und Mobilität 3
   - b Umwelt 4
   - c Regionale Partnerschaften 4

3. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung 4
   - a Erneuerbare Energie 5
   - b Innovation in Baden-Württemberg 5
   - c Transition zur Nachhaltigen Mobilität 5

4. Europa in Politik und Verwaltung 6

5. (Landtags)wahlrecht reformieren 6

6. Vertiefung der EU-Integration 6

7. Ehrenamt stärken 7

8. Europabildung und Austausch fördern 7
   - a Europa stärker im Bildungsplan verankern 8
   - b Europa ein Gesicht geben 8
   - c Lehrer:innen europäische Weiterbildung ermöglichen 8

9. Europäische Medienlandschaft 8

10. Impressum 9

Präambel

> **“J’ai une grande confiance dans la lumière. Je crois que bien des questions, qui sont encore dangereuses pour l’Europe deviendraient beaucoup moins nuisibles, perdraient leur venin si les hommes d'intérêt qui représentent ce qu’il y a de mieux en Europe (...) se mettent à faire devant eux la lumière complète.”**

Paul Valéry

Das Anliegen, das Beste in Europa zu repräsentieren und hervorzukehren, ist eines, das die Menschen schon lange bewegt. So steht am 08. März 2026 Baden-Württemberg vor der Entscheidung, wer die Fragen über die Zukunft unseres Bundeslandes in Europa in den nächsten Jahren beantworten wird. Unser Land lebt von der Kooperation mit seinen europäischen Nachbarn. Über 50% (Eu 27 + Schweiz) der baden-württembergischen Wirtschaftsexporte gingen 2024 ins europäische Ausland. 90.000 Baden-Württemberger:innen pendeln zum Arbeiten ins europäische Ausland. Umgekehrt überqueren täglich Zehntausende die 581 Kilometer Grenze in die andere Richtung, um bei uns im Land zu arbeiten. Unsere Art zu leben, unsere Kultur und unser Wohlstand sind maßgeblich von Europa geprägt - das macht unsere Landtagswahl zu einer Europawahl.

Zugleich erleben wir voller Besorgnis, wie überall in Europa die Skepsis gegenüber einer integrierten europäischen Gemeinschaft wächst, populistische und antidemokratische Kräfte auf dem Vormarsch sind und die Europäische Union als Feindbild aufbauen. Doch es gibt auch Zeichen der Hoffnung. Die Ukraine, die trotz des abscheulichen Krieges und der widrigsten Umstände weiter in Richtung einer EU-Mitgliedschaft strebt. Protestierende in Georgien, die voller Hoffnung auf eine europäische Zukunft seit über einem Jahr auf die Straße gehen und dafür alles riskieren. Sie stehen exemplarisch dafür, welche Strahlkraft, welche Hoffnungen, aber auch welche Erwartungen die Idee des europäischen Integrationsprozess noch heute entfalten kann.

Föderalismus als Friedensstifter ist das Ideal, aus dem die Jungen Europäer vor über 75 Jahren nach den zwei Weltkriegen entstanden sind. Damals wie heute stand der europäische Kontinent vor gewaltigen Herausforderungen. Herausforderungen, denen die Gründerväter und -mütter mit Einigung begegnen wollten - ein inspirierender Gedanke, der seither nichts an Aktualität verloren hat. Als Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg sind wir der Überzeugung, dass europäische Kooperation deshalb für eine neue Landesregierung die höchste Priorität verdient. Gemeinsam wollen wir Zukunft gestalten - europäisch!

1. Schengen schützen!

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Wir teilen unsere Geschichte, persönliche Schicksale, demokratische Werte und Freiheiten mit unseren Nachbar:innen. Dazu gehört(e) auch, dass wir als Europäer:innen ungehindert über Grenzen hinweg mit Europäer:innen in Frankreich, Österreich und der Schweiz zusammen kommen können, ungehindert dort leben, arbeiten oder auch nur einkaufen können. Baden-Württembergs Grenzregionen sind durch diesen Austausch dynamisch und unsere Wirtschaft profitiert maßgeblich von dem regen Grenzverkehr. Realität ist aber auch, dass dieser Austausch seit mehreren Jahren nicht mehr ungehindert möglich ist und wieder stationäre Grenzkontrollen an unseren Landesgrenzen stattfinden.
Als Junge Europäer wünschen wir uns von unseren Landespolitiker:innen mehr Einsatz als nur Lippenbekenntnisse für den Erhalt der europäischen Freizügigkeit, für die Förderung grenzübergreifend verflochtener Kultur- und Wirtschaftsräume und damit auch für ein Ende der Binnengrenzkontrollen.

2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

90.000 Menschen aus Baden-Württemberg pendeln regelmäßig über Grenzen hinweg, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Zehntausende LKWs und Autos überqueren tagtäglich die Grenze, dazu kommen Züge und Fußgänger:innen. Gerade in den Grenzregionen sind Grenzen lange Zeit kaum noch sichtbar gewesen und sie regelmäßig zu überqueren ist zur Normalität geworden. Doch das spiegelt sich noch nicht in unserer Infrastruktur und regionaler Zusammenarbeit wider.

Infrastruktur und Mobilität

Gute Bahn- und Busverbindungen zwischen Baden-Württemberg und unseren Nachbarn Frankreich und Schweiz laden nicht nur dazu ein, Länder und Leute besser kennen zu lernen, sondern erleichtern auch das Pendeln, um auf der anderen Seite der Grenze zu arbeiten - und das nachhaltig und klimaschonend. Das grenzüberschreitende Schienennetz weist aber immer noch erhebliche Lücken und Defizite auf. In diesem Sinne fordern wir ein klares Bekenntnis zu Artikel 16 des Aachener Vertrags und aktive Umsetzung der Stärkung der grenzübergreifenden digitalen wie physischen Netze für grenzübergreifende Mobilität. Grenzüberschreitende Infrastruktur soll stärker miteinander vernetzt und ausgebaut werden. Dazu zählen der Wiederaufbau der Rheinbrücke auf der Bahnstrecke Freiburg - Colmar und die Reaktivierung der Strecke Rastatt - Haguenau, ebenso wie der Ausbau des grenzüberschreitenden Radwegenetzes am Rhein und die Schaffung von mehr Überquerungs-möglichkeiten. Grenzüberschreitende ÖPNV-Angebote sollen gezielt gefördert und vereinfacht werden. Nach dem Vorbild des Europastadt-Tarif in Görlitz/Zgorzelec soll ein einheitlicher Ticket-Tarif für den Oberrheinraum

geschaffen werden und die Gültigkeitsbereiche des Deutschland Tickets auf grenzüberschreitende regionale Verkehrsangebote wie die Tram zwischen Strasbourg und Kehl erweitert werden. Daneben sollten Erweiterungsoptionen für die Regionen Elsass/Grand Est und die Schweiz geschaffen werden. Die Anerkennung von Jugend-Nahverkehrstickets in den Sommerferien in Baden-Württemberg und Grand Est soll verstetigt werden.

Umwelt

Die Natur hält sich nicht an menschengemachte Grenzen, deswegen sollte es der Schutz unserer Umwelt in Baden-Württemberg und darüber hinaus auch nicht tun. Invasive Arten wie der Signalkrebs breiten sich durch grenzüberquerende Bach- und Flussläufe auf beiden Seiten des Rheins aus. Wir begrüßen daher bereits bestehende Kooperationsprojekte entlang der Grenze wie das Ramsar-Gebiet oder “Rhinaissance”. Diese Kooperationen wollen wir ausweiten und so auch Schutzgebiete abseits der unmittelbaren Grenzregionen verknüpfen.

Regionale Partnerschaften

Unsere Grenzregionen leben vom Austausch, geteilten Herausforderungen und der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Gerade deshalb ist es wichtig, dass sich unsere Städte und Gemeinden eng mit ihren Nachbarn jenseits der Grenze eng über Projekte abstimmen. Zu diesem Zweck sollten nicht nur Städtepartnerschaften und Austausch der Zivilgesellschaft gefördert werden, beispielsweise durch Zuschüsse für ehrenamtliche Partnerschaftsarbeit und Begegnungen, sondern auch gemeinsame Gemeinderatssitzungen und institutionelle Zusammenarbeit vereinfacht werden.

3. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Baden-Württemberg ist eine der wirtschaftsstärksten und innovativsten Regionen innerhalb der Europäischen Union. Über 53% unserer Exporte gingen 2024 in die EU oder die Schweiz und über 60% unserer Importe kamen aus diesen Ländern. Das zeigt sich auch im durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen. Durch die Mitgliedschaft in der EU liegt dieses rund 1.200€ höher, womit Baden-Württemberg einen Wohlstandsgewinn von rund 13,3 Milliarden Euro erzielt und überdurchschnittlich von der Teilnahme am Binnenmarkt profitiert. Dazu tragen auch die rund 900.000 Staatsbürger:innen aus anderen EU-Staaten bei, die in Baden-Württemberg leben, so wie die zehntausenden Pendler:innen, die als Fachkräfte elementar zum Funktionieren unseres Wirtschaftsstandortes beitragen. Als stark exportorientierte Region und wichtiger Forschungs- und Innovationsstandort hat Baden-Württemberg damit ein besonderes Interesse an einer starken und funktionierenden EU als Tor in die Welt.

Erneuerbare Energie

Günstige, unabhängige und verlässliche Energieversorgung ist die Grundlage einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Wirtschaft. In Deutschland stammen inzwischen rund 62,7% der öffentlichen Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie. Damit hat sich der Anteil seit 2010 mehr als verdoppelt. Für Baden-Württemberg als stark industriell geprägtes Land mit hohem Energiebedarf ist der konsequente Ausbau von Windkraft und Photovoltaik von zentraler Bedeutung. Nur durch eine entschlossene Förderung dieser Sektoren kann die Landesregierung langfristig stabile Strompreise sichern und die Abhängigkeit von Energieimporten reduzieren und unsere Resilienz stärken. Eine nachhaltige Energiepolitik ist somit nicht nur eine ökologische und sicherheitspolitische, sondern auch eine ökonomische Notwendigkeit – sie entscheidet darüber, ob baden-württembergische Industrieprodukte im internationalen Wettbewerb weiterhin attraktiv bleiben.

Innovation in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg zählt zu den forschungsstärksten Regionen Europas. Diese hohe Innovationskraft verdankt unser Land einer historisch bewährten Zusammenarbeit aus Hochschulen, Forschungsinstituten und mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft bilden. Entscheidend ist jedoch, dass Innovationen ihren Weg in die Industrie finden – zum Beispiel durch eine gezieltere Förderung von Start-ups, Ausbau und Vereinfachung der Accelerator-Programme. Ergänzend muss auch der Zugang zu Kapital erleichtert werden, damit Unternehmen über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, um neue Entwicklungen erfolgreich zu vermarkten. Nur wenn Baden-Württemberg seine wissenschaftliche Stärke in wirtschaftliches Wachstum übersetzt, kann es seine Rolle als führender Innovationsstandort in Europa beibehalten.

Transition zur Nachhaltigen Mobilität

Die Transformation des Verkehrssektors stellt eine der größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Für das von der Automobilindustrie geprägte Baden-Württemberg bedeutet das einen tiefgreifenden Strukturwandel. Um die von den bisherigen Landesregierungen und von der Europäischen Kommission gesetzten klima- und umweltpolitischen Ziele zu erreichen, muss die künftige Landesregierung diese Umstellung aktiv fördern. Dazu gehören Investitionen in Forschung und Entwicklung der Elektromobilität, ebenso wie der zügige Ausbau der Ladeinfrastruktur. Gleichzeitig müssen Unternehmen, insbesondere Zulieferbetriebe, bei der Umstellung auf neue Produktionsprozesse gezielt unterstützt werden. Nur so kann verhindert werden, dass Arbeitsplätze verloren gehen und Wertschöpfungsketten ins Ausland abwandern. Eine nachhaltige Mobilitätspolitik darf daher nicht allein auf ökologische Ziele ausgerichtet sein, sondern muss auch wirtschaftliche Stabilität gewährleisten.

Wenn Baden-Württemberg den Wandel vorausschauend gestaltet, kann das Land seine Position als Innovationsführer im europäischen Mobilitätssektor nicht nur erhalten, sondern ausbauen.

4. Europa in Politik und Verwaltung

Europa findet vor Ort, vor der Haustür und am Küchentisch statt und muss auch dort diskutiert und erlebt werden. Doch Europa findet bisher kaum in Gemeinderäten statt. Mit extra Europa-Beauftragten auch in den Gemeinden wollen wir die kommunale Europaarbeit stärken. Diese sollen nicht nur den Gemeinden helfen, die vielen verfügbaren Fördermittel gezielter zu akquirieren, sondern auch Europa als Thema und europäische Debatten stärker in die Öffentlichkeit tragen. Kommunen und Landratsämter sollen zudem verstärkt Fortbildungen für Mitarbeitende anbieten, um Wissen über Europa institutionell stärker zu verankern. Symbolisch soll zudem an allen Rathäusern und Landratsämtern dauerhaft die Europa-Flagge gehisst werden.
Daneben soll die Rolle des Europa-Ausschusses im Landtag gestärkt werden. Wir fordern die im Landtag vertretenen Parteien dazu auf, diese aktiv zu fördern. Beispielsweise indem europapolitische Akteure eingeladen und Debatten zu aktuellen europapolitischen Themen geführt werden, zu welchen sich dann positioniert wird. So wollen wir eine Stärkung der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit sowie Förderung des europapolitischen Austauschs mit landesweiten Bürgerdialogen erreichen.

5. Landtagswahlrecht reformieren

Europa ist Teil unserer DNA und viele EU-Bürger:innen sind seit langem in unserem Land beheimatet. Rund 900.000 Menschen aus anderen EU-Staaten leben in Baden-Württemberg. Gerade Landespolitik betrifft auch sie, jene, die seit Jahren hier leben, arbeiten, Steuern zahlen, eine Familie großziehen und mit Kindern am Bildungssystem teilhaben. Trotzdem können sie kaum an der politischen Willensbildung und den Entscheidungen, die direkt ihr Leben betreffen, mitwirken. Wir fordern daher das Wahlrecht für EU-Bürger:innen bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Die Landesregierung sollte über den Bundesrat auf eine entsprechende Grundgesetzänderung hinwirken. Daneben fordern wir eine Förderung weiterer demokratischer Beteiligungsformen und mehr Informationsangebote dazu, wie sich auch nicht deutsche Staatsbürger:innen bei sich vor Ort politisch und anderweitig zivilgesellschaftlich einbringen können.

6. Vertiefung der EU-Integration

Als JEF erinnern wir an den Auftrag, den sich die Menschen in Baden-Württemberg in der Landesverfassung selbst gegeben haben:

„dieses demokratische Land als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa, dessen Aufbau föderativen Prinzipien und dem Grundsatz der Subsidiarität entspricht, zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen sowie der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv mitzuwirken.“

Der Einsatz für ein vereintes Europa ist damit eine demokratische Pflicht für uns alle, niedergeschrieben in unserer Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Wir rufen die Landesregierung dazu auf, diese Pflicht zu ehren, Europapolitik zu priorisieren und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Vertiefung der europäischen Integration hinzuwirken.

7. Ehrenamt stärken

Als Junge Europäer setzen wir uns ehrenamtlich für ein geeintes Europa ein. Damit sind wir in Baden-Württemberg nicht alleine - über die Hälfte aller Baden-Württemberger:innen sind ehrenamtlich in ihrer Freizeit in Vereinen engagiert. Das sind so viele Menschen wie in keinem anderen Bundesland! Wir sind der Überzeugung, dass dieser für unsere Gesellschaft unverzichtbare Einsatz wertgeschätzt werden sollte. Deswegen fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich mit Nachdruck für die flächendeckende Einführung der Ehrenamtskarte einzusetzen.
Um junge Menschen für Politik zu interessieren, sind Bildungsfahrten in Parlamente - die Herzen unserer Demokratie - unverzichtbar. Aktuell sind das Europaparlament und der Bundestag jedoch nicht als Bildungsträger anerkannt. Das bedeutet, dass somit keine Bildungszeit für Bildungsfahrten in das Europaparlament anerkannt wird. Wir wünschen uns von der künftigen Landesregierung, dass sie dies für junge arbeitstätige Menschen in Baden-Württemberg vereinfacht.
Darüber hinaus muss ehrenamtliches Engagement auch in der Zukunft sicher möglich sein. Finanzielle Unterstützung muss langfristig bereitgestellt werden, um Vereinen eine sinnvolle Planung zu ermöglichen. Dabei sollten Mittel nicht nur projektgebunden, sondern institutionell vergeben werden, um den Bedürfnissen von Vereinen unkompliziert und niedrigschwelliger begegnen zu können.
Im europapolitischen Bereich sollte sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass die hauptamtlichen Europa-Akteure in Baden-Württemberg wie die Europa-Beauftragten oder die Europe-Direct-Zentren enger mit den ehrenamtlichen Akteuren zusammenarbeiten. So können wir uns gemeinsam dem widmen, was uns wirklich wichtig ist - Europa - anstatt in Konkurrenz miteinander zu stehen.

8. Europabildung und Austausch fördern

Die gleichberechtigte Teilhabe junger Menschen innerhalb einer europäischen Zivilgesellschaft verlangt von ihnen grundlegende Kenntnisse über das Funktionieren der Union und die Bedeutung Europas für Baden-Württemberg.

Als Junge Europäer wollen wir, dass jede:r Jugendliche die Möglichkeit zu dieser informierten Teilhabe bekommt. Deswegen fordern wir von einer zukünftigen Landesregierung den Einsatz dafür, Europa erlebbar und verständlich zu machen. Das heißt für uns

Europa stärker im Bildungsplan zu verankern

Die EU sollte nicht nur Teil des Gemeinschaftskunde-Unterrichts sein, sondern europäische Inhalte sollten auch konkret Teil des Gesichts-, Geographie- und Fremdsprachen- unterrichts werden und als Querschnittsthema bei der Ausgestaltung aller Lehrpläne mitgedacht werden. Verschiedene Fächer bieten die Chance, Europa ganzheitlich, als mehr als nur ein politisches Projekt zu vermitteln.

Europa ein Gesicht zu geben

Europa ist ein komplexer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Raum, der für junge Menschen im Alltag abstrakt und sehr weit entfernt von der eigenen Lebenswelt wirken kann. Um für junge Menschen Europa nahbarer und spürbarer zu machen, fordern wir, dass die Landesregierung Austauschprogramme, Exkursionen und Simulationen stärker fördert. Der Europatag am 9. Mai bietet einen geeigneten Anlass, um im Rahmen eines “Europaaktionstages” Zeit dafür an Schulen zu schaffen. Durch die Vergabe von Interrail-Tickets für 18 bis 20-jährige soll das Land Europa in all seiner Vielfalt für junge Menschen erlebbar machen und die interkulturelle Bildung junger Erwachsener fördern.

Lehrer:innen europäische Weiterbildung zu ermöglichen

Um jungen Menschen Europa verständlich und authentisch als mehr als nur ein politisches System vermitteln zu können, ist es unabdingbar, dass Lehrer:innen eine Bindung zu und Wissen über Europa besitzen. Über das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung und andere Stellen des Landes, sollen Angebote wie Erasmus + Austausch und Projekte für Lehrkräfte zugänglicher und bekannter gemacht werden.

9. Europäische Medienlandschaft

Neben Schulen beeinflussen Medien maßgeblich unsere Informations- gewinnung über Europa. Als Junge Europäer Baden-Württemberg freuen wir uns, dass mit Arte ein Vorbild für den europäischen Rundfunk in Baden- Württemberg angesiedelt ist, dessen Programm nun sogar ausgeweitet werden soll. Trotz dessen sind die Sendepläne und Nachrichten des öffentlichen Rundfunks weiterhin von einer Themensetzung und Betrachtung durch die nationale Brille geprägt. Wir wünschen uns von einem zukünftigen Landtag, dass er sich beispielsweise über den Rundfunkrat des SWR stärker für eine europäische Gestaltung des Programms einsetzt und Austausch- programme im Rahmen des Volontariats fördert. Um den nationalen Fokus der Mediensysteme zu erweitern, wünschen wir uns außerdem, dass sich das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst für die Einrichtung und Finanzierung des Studiengangs “Europäische Medienwissenschaft” in Baden-Württemberg engagiert.

Impressum

Junge Europäer – JEF Baden-Württemberg e. V.
Kronprinzstraße 13, 70173 Stuttgart

presse@jef-bw.de

www.jef-bw.de

V.i.S.d.P.: Junge Europäer – JEF Baden-Württemberg e. V.
Sarah Reisinger, Kronprinzstraße 13, 70173 Stuttgart